

Zur Einbringung des Entwurfs  
der Haushaltssatzung 2019  
einschließlich Haushaltsplan und  
mittelfristiger Ergebnis - und Finanzplanung  
in den Kreistag des Kreises Steinfurt am 05.11.2018

„Nachhaltige und solide Kreisfinanzen bewahren“

**Haushaltsrede von Kreisdirektor und  
Kreiskämmerer**

**Dr. Martin Sommer**

Es gilt das gesprochene Wort!

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Vorbemerkungen	1
II. Eckwerte und Trendaussagen zum Kreishaushalt 2019 und zur mittelfristigen Finanzplanung	3
III. Bewertung / Ausblick	9
IV. Schlussbemerkungen	16

## **I. Vorbemerkungen**

Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

wie vielfältig und umfangreich das Leistungsspektrum unserer Kreisverwaltung ist, haben wir soeben gehört. Die Herausforderung für uns alle liegt aus meiner Sicht darin, diese Leistungen auf Dauer nachhaltig und solide zu finanzieren bei geringstmöglicher Belastung unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Dieses selbstgesteckte strategische Ziel unserer Haushaltsplanung – das auch einen Zielkonflikt beinhaltet – haben wir in den letzten Jahren – bei Lösung dieses Zielkonfliktes – immer wieder erreicht und dieses Ziel erreichen wir auch mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019!

Der Landrat hat es bereits verkündet und ich wiederhole das gerne: Der prozentuale Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage sinkt zum fünften Mal in Folge, dieses Mal um ganze 1,3 Prozentpunkte auf dann nur noch 28,3 Prozentpunkte. Das sind noch einmal 0,4 Prozentpunkte weniger, als bisher angekündigt und das liegt daran, dass wir die erst seit dem vergangenen Dienstag vorliegende erste Modellrechnung des Landes zum Finanzausgleich noch nach dem Versand der Ihnen zugestellten Vorlagen und nach der Drucklegung unseres Haushaltsplanentwurfs in unser Zahlenwerk eingearbeitet haben.

28,3 Prozentpunkte! Dies ist der niedrigste Kreisumlagehebesatz seit 1986 und damit der niedrigste Kreisumlagehebesatz seit der Deutschen Wiedervereinigung. Bevor ich im wertenden Teil meiner heutigen Ausführungen darauf eingehen werde, warum wir uns darüber freuen dürfen, ohne in Sorglosigkeit zu verfallen, möchte ich Ihnen wie in jedem Jahr die wichtigsten Eckwerte und Rahmenbedingungen für unser Zahlenwerk in der gebotenen Kürze erläutern:

## **II. Eckwerte und Tendaussagen zum Kreishaushalt 2018 und zur mittelfristigen Finanzplanung**

Wie schon in den Vorjahren ist auch der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 geprägt von einem außerordentlich starken und stabilen wirtschaftlichen Umfeld. Abermals sind sowohl das Gesamtsteueraufkommen als auch das Steueraufkommen unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden kräftig gestiegen und das führt zunächst einmal zu erheblichen Verbesserungen bei unseren Erträgen. Alleine die Schlüsselzuweisungen des Landes erhöhen sich im nächsten Jahr um etwas mehr als 4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf dann fast 80 Mio. Euro.

Die gesamtwirtschaftliche Lage führt aber auch zu Verbesserungen bei unserem Aufwand, der bei den Leistungen nach dem SGB XII um 610.000 Euro und bei den Leistungen nach dem SGB II um etwas mehr als 1 Mio. Euro gegenüber 2018 sinkt. Letzteres ist auf die sehr erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt zurückzuführen, wodurch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II erheblich gesunken ist und sich der Aufwand in diesem Bereich entsprechend reduziert hat.

Wie in den Vorjahren stehen den Verbesserungen durch höhere Schlüsselzuweisungen und geringerem Aufwand vor allem im Sozialbereich eine

Reihe von Verschlechterungen gegenüber. So steigt z. B. der Personal- und Versorgungsaufwand um 3,6 Mio. Euro. Weitere 1,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr fehlen im Personaletat, u. a. weil geleistete Landeserstattungen für den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften im Haushaltsjahr 2019 entfallen.

Im Saldo sind die Verschlechterungen um ca. 1 Mio. Euro höher als die Verbesserungen, so dass der Zahlbetrag der Kreisumlage um diesen Betrag erhöht werden muss, um den gebotenen originären Haushaltsausgleich zu erreichen. Das erfordert dann wegen der stark gestiegenen Umlagegrundlagen unserer Städte und Gemeinden einen prozentualen Kreisumlagehebesatz von nur noch 28,3 Prozentpunkten!

Wer jetzt noch beklagt, dass zwar der prozentuale Hebesatz abermals deutlich sinkt, sich der Zahlbetrag der Kreisumlage aber im Gegensatz zum Vorjahr moderat erhöht, der sollte sich vergegenwärtigen, dass dies ausschließlich auf dem vom Bund überraschend geänderten Verteilungsschlüssel für die Bundesbeteiligung an den Eingliederungsleistungen zurückzuführen ist.

Wie Sie wissen, beteiligt sich der Bund seit dem Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 5 Milliarden Euro bundesweit an den Kosten der Eingliederungsleistungen, die ja in Nordrhein-Westfalen hauptsächlich von den Landschaftsverbänden erbracht werden und von den kreisfreien Städten und den Kreisen über die Landschaftsumlage refinanziert werden. Noch beim Versand unseres Eckdatenschreibens sind wir davon ausgegangen, dass 2,4 Milliarden Euro über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und 1,6 Milliarden Euro über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II weitergegeben werden. Der Bund hat diesen Verteilungsschlüssel kurzfristig und für uns überraschend verändert, so dass jetzt 3,4 Milliarden Euro über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und nur noch 0,6 Milliarden Euro über die Kosten der Unterkunft als Beteiligung an den Eingliederungsleistungen weitergegeben werden.

Das bedeutet für unseren Haushalt gegenüber den noch im Eckdatenschreiben skizzierten Planungen eine Verschlechterung von 3,7 Mio. Euro und für unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine Verbesserung von 4,8 Mio. Euro. Einerseits ist das positiv, weil nach diesem veränderten Verteilungsschlüssel ca. 1 Mio. Euro mehr in die kommunalen Haushalte des Kreises Steinfurt fließen. Andererseits birgt dies die Gefahr, dass wir bei den Haushaltsplanberatungen vergessen, wofür dieses Geld zur Verfügung gestellt wird, nämlich nicht zur allgemeinen Entlastung der Kommunen, sondern zur Abfederung der immer höheren finanziellen Belastungen der Eingliederungshilfe, die vom Landschaftsverband erbracht wird.

Mir geht es an dieser Stelle darum, deutlich zu machen, dass ohne diesen zugunsten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden veränderten Verteilungsschlüssel, die Kreisumlage auch in ihrem absoluten Zahlbetrag um ca. 2,7 Mio. Euro hätte abgesenkt werden können. Bei Berücksichtigung dieser Zusammenhänge wird deutlich, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Haushaltsjahr 2019 durch den Kreis Steinfurt erheblich weniger belastet werden, als dies noch im Haushaltsjahr 2018 der Fall gewesen ist und das gilt dann sowohl für den absoluten Zahlbetrag als auch für den prozentualen Hebesatz der Kreisumlage.

Weniger erfreulich als die Entwicklung der allgemeinen Kreisumlage ist die Entwicklung der Jugendamtsumlage. Diese erhöht sich im Zahlbetrag abermals um fast 7,6 Mio. Euro und auch der Hebesatz muss von 21,48 % auf 22,67 % erhöht werden. Ursächlich dafür sind, wie im Vorjahr, ein gesteigener Betreuungsbedarf von Kindern unter 3 Jahren sowie steigende Kosten im Pflegeheimbereich und bei den stationären Hilfen. Bereits im vergangenen Jahr hatte ich darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung nicht kreisspezifisch ist, sondern sich auch bei den kreisangehörigen Gemeinden mit eigenem Jugendamt so vollzieht.

Weniger erfreulich ist auch, dass wir den eingeschlagenen Weg der Entschuldung, den wir nun seit einigen Jahren gegangen sind, wegen der erheblichen Zukunftsinvestitionen in unsere Infrastruktur vorübergehend nicht weitergehen können. Schon für das Haushaltsjahr 2019 ist eine investive Kreditaufnahme in Höhe von 11,4 Mio. Euro geplant. Darin enthalten ist eine Tranche aus dem Landesprogramm „gute Schule 2020“ in Höhe von fast 3,4 Mio. Euro, so dass ein tatsächlicher Kreditbedarf in 2019 von ca. 8 Mio. Euro verbleibt.

Warum ich als Kreiskämmerer den geplanten vorübergehenden Anstieg unserer Verschuldung in den nächsten Jahren für vertretbar und nicht im Widerspruch zu einer nachhaltigen und soliden Haushaltspolitik des Kreises ansehe, werde ich Ihnen gleich erläutern.

### **III. Bewertung / Ausblick**

Damit, meine Damen und Herren, komme ich, wie in jedem Jahr zu einer Bewertung unseres Zahlenwerks, die maßgeblich ist für die Vorschläge, die ich Ihnen als Kreiskämmerer unterbreite. Wenn ich das heute vorgelegte Zahlenwerk an unseren selbstgesteckten strategischen Zielen messe, darf ich feststellen, dass wir als Kreis Steinfurt auch im Bereich der Finanzwirtschaft äußerst erfolgreich agieren!

Der Haushaltsplanentwurf ist ein weiteres Mal originär ausgeglichen, die Belastung unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die Kreisumlage ist im Ergebnis geringer als im vergangenen Jahr. Wir bleiben auch im Haushaltsjahr 2019 der Kreis mit dem zweitniedrigsten Kreisumlagehebesatz in Nordrhein-Westfalen.

Unser Anspruch ist es seit Jahren, nachhaltige und solide Kreisfinanzen zu bewahren. Diesem Anspruch werden wir mit dem vorgelegten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 ein weiteres Mal gerecht und das gilt trotz einer geplanten Neuverschuldung:

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und die Idee dabei ist, einem Wald nur so viele Bäume zu entnehmen, wie in einem überschaubaren Zeitraum wieder aufgeforstet werden können. Übertragen auf unsere Kreisfinanzen bedeutet dies, Haushalte so zu planen, dass politische Gestaltungsspielräume auch für kommende Generationen erhalten bleiben.

Um dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu genügen, sollten neue Schulden grundsätzlich nur in der Höhe aufgenommen werden, wie alte Schulden zurückbezahlt werden. Das haben wir jetzt mehrere Jahre nacheinander so praktiziert und unsere Verschuldung im Ergebnis damit erheblich gesenkt. Wenn dies aber nicht möglich ist,

dann sollte zumindest sichergestellt sein, dass neu aufgenommene Schulden planmäßig in einem überschaubaren Zeitraum ohne finanzielle Überforderung kommender Generationen zurückbezahlt werden können. Genau dies haben wir mit der Finanzierung des umfangreichen Investitionsprogramms für die kommenden Jahre geplant:

Beabsichtigt ist, dass der Kreis Steinfurt die anstehenden Infrastrukturmaßnahmen in einer finanziellen Größenordnung von mehr als 30 Mio. Euro mit einem Ratenkredit finanziert, den er bei seiner Beteiligungsgesellschaft, einer 100-prozentigen Tochter des Kreises, aufnimmt. Möglich ist dies, weil die Beteiligungsgesellschaft noch über einen Kapitalstock aus dem Verkauf der RWE-Aktien verfügt.

Incl. der Verzinsung des Kredites ergibt sich aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung eine durchschnittliche jährliche Nettobelastung in einer Größenordnung von 0,12 Prozentpunkten Kreisumlage. Das ist weniger, als wir durch unsere Entschuldungspolitik der vergangenen Jahre mittlerweile jedes Jahr einsparen. Während unser Schuldenstand Ende des Jahres 2010 noch bei fast 48 Mio. Euro gelegen hat, haben wir es geschafft, diesen Betrag bis Ende dieses Jahres auf 28 Mio. Euro zu reduzieren.

Der somit in nur acht Jahren um 20 Mio. Euro reduzierte Schuldenstand gepaart mit wesentlich niedrigeren Zinsen am Kapitalmarkt hat unseren Aufwand für den Kapitaldienst in den vergangenen Jahren um mehr als 2 Mio. Euro reduziert. Damit haben wir eine gute Ausgangslage geschaffen, die es uns jetzt erlaubt, wichtige Zukunftsinvestitionen zu tätigen, ohne dabei unkalkulierbare Risiken für die Zukunft einzugehen.

Unser strategisches Konzept einer geplanten und vorübergehenden Neuverschuldung halte ich gleich aus mehreren Gründen für nachhaltig und vertretbar:

Das eingesetzte Kapital der Beteiligungsgesellschaft wird zu marktüblichen Konditionen verzinst und sorgt über einen längeren Zeitraum für konstante Erträge der Beteiligungsgesellschaft. Gleichzeitig fließt das Darlehen in gleichen Raten innerhalb von 30 Jahren vollständig an die Beteiligungsgesellschaft zurück. Damit bleibt die finanzielle Substanz der Beteiligungsgesellschaft für die nächste Generation erhalten und die vom Kreis zu leistenden Zinsen verbleiben im „Konzern Kreis Steinfurt“.

Meine Damen und Herren,

unser Kreishaushalt ist aber nicht nur nachhaltig, sondern auch solide geplant. Solide ist ein Haushalt dann, wenn er widerstandsfähig ist gegen eventuelle Gefährdungen und das setzt voraus, dass er zumindest keine versteckten Risiken enthält.

Wenn ich heute feststellen darf, dass unser Haushalt nachhaltig und solide ist, liegt das nicht nur an den hervorragenden Rahmenbedingungen, sondern auch daran, dass wir in der Vergangenheit stets die richtigen Entscheidungen getroffen haben, wenn es darum ging, etwas zu tun oder etwas zu unterlassen.

Unterlassen haben wir in der Vergangenheit z. B. spekulative Geschäfte, die bei dem einen oder anderen kommunalen Haushalt zu Problemen geführt haben. Cross-Border-Leasing-Geschäfte, unkalkulierbare Derivate oder Fremdwährungsrisiken sind nur einige Stichworte, die uns nicht belasten. Während wir einerseits immer bemüht waren, keine unkalkulierbaren Risiken einzugehen, haben wir andererseits bestehende Risiken beseitigt. So haben wir rechtzeitig Buchgewinne bei Aktienvermögen realisiert und in reales Geld umgewandelt mit dem wir dann u.a. Schulden getilgt haben. Das bis dahin bestehende „Klumpenrisiko“ des historisch gewachsenen Aktienbestandes an RWE Aktien haben wir damit beseitigt.

Anstehende Investitionsentscheidungen haben wir in der Vergangenheit immer so klug gestreckt, dass wir die Verschuldung des Kreises – wie dargestellt - in wenigen Jahren um 20 Mio. Euro senken konnten.

Meine Damen und Herren,

die Haushalte des Kreises Steinfurt der vergangenen Jahre waren nachhaltig und solide. Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, dass dies so bleibt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die außerordentlich guten Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre, die auch den Haushalt des Jahres 2019 prägen, nicht auf Dauer angelegt sind. Wenn sich das konjunkturelle Umfeld verschlechtert - und das wird früher oder später der Fall sein - hat dies für den Kreishaushalt einen doppelten Effekt:

Das für unsere Ertragsseite relevante Steueraufkommen wird sich verringern, der Aufwand für Soziales - insbesondere im Bereich des SGB II - wird sich wieder erhöhen. Darüber hinaus sind zukünftig wieder höhere Belastungen durch die Eingliederungshilfe zu erwarten. Die Fallzahlen in diesem Bereich entwickeln sich weiter dynamisch, die vom Bund zugesagte Kostenbeteiligung bleibt aber bislang auf 5 Milliarden Euro jährlich begrenzt. Deshalb gilt es, Maß zu halten beim Erfüllen politischer Wünsche, die von vielen Seiten an uns herangetragen werden und deshalb bleibt Haushaltskonsolidierung eine Daueraufgabe. Entscheidungen zu neuen freiwilligen Leistungen sollten auch in diesen guten Zeiten nur dann erfolgen, wenn sie für unabweisbar gehalten werden, da uns derartige Entscheidungen langfristig binden und ein Zurücknehmen dieser Leistungen in schlechteren Zeiten immer mit politischen Schwierigkeiten verbunden ist.

#### **IV. Schlussbemerkungen**

Meine Damen und Herren,

wie in jedem Jahr haben wir diesen Haushaltsplanentwurf nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere Frau Taape, Frau Klemann und dem Team der Kämmerei.

„Nachhaltige und solide Kreisfinanzen bewahren“, das war der Titel meiner heutigen Ausführungen zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2019. Damit wollte ich deutlich machen, dass wir uns über das Erreichte der vergangenen Jahre durchaus freuen dürfen. Darüber freuen dürfen sich übrigens auch unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Andererseits besteht für uns kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen und in Sorglosigkeit zu verfallen. Auch in Zukunft geht es darum, Maß zu halten, da die Bäume trotz des guten konjunkturellen Umfelds auch für den Kreis Steinfurt nicht in den Himmel wachsen und haushalterisch schlechtere Zeiten wiederkommen werden.

Finanziellen Gestaltungsspielraum für die Zukunft zu erhalten, ist unsere Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation. Wenn wir uns dessen nicht nur bewusst sind, sondern auch danach handeln, bin ich mir sicher, dass es gelingen wird, nachhaltige und solide Kreisfinanzen zu bewahren. In diesem Sinne wünsche ich uns allen erfolgreiche Haushaltsplanberatungen.

Vielen Dank!